

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Gaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gedr. Strauß, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 18,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 54,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 18,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schreibleitung: Postfach 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Postfach 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Spaltenbreite 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die Spaltenbreite 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 1 M.

Nr. 85

Dresden, Montag den 10. April 1922

33. Jahrg.

Der Polizeipräsident berichtigt

Streik und Republik

Am Sonnabend ging uns kurz vor Redaktionsschluss eine Berichtigung vom Polizeipräsidenten Grille zu, in der er sich unter Berufung auf das Pressegesetz zu unseren Artikeln in den Nummern vom Montag und Donnerstag folgendermaßen äußert:

Bei seinem der Zusammenkunft am Sonntag hat auch nur ein Polizeibeamter vom Gummihändler Gebrauch gemacht. Bis jetzt hat sich beim Polizeipräsidenten auch nicht eine einzige Person gemeldet mit der Behauptung, mit dem Gummihändler geschlagen worden zu sein.

Die Beamten sind nicht den 15 Personen entgegengetreten, die nach dem Taschenberg zu abgehen, sondern dem geschlossenen Zuge, der sich durch die Ost-Allee nach dem Volkspark zu bewegt. Die Beamten haben sich lediglich darauf beschränkt, Zugteilnehmer, die die Köpfe über die Geländer heben wollten, nach der Zwingerstraße zurückzuführen. Die beteiligten Beamten beschränken sich auf die Anwesenheit, bei dieser Gelegenheit geschlagen zu haben. Der Beamte, dem dieser Vorwurf von einem der Teilnehmer gemacht wurde, hat zwar die Nummer seines Namens vorzeigt, aber keine Bescheidungsnummer genannt. Damit hätte der angeblich Verletzte die Möglichkeit, den Namen des Beamten festzustellen. Auch am Doppelschwalber Platz ist nicht der Versuch gemacht worden, den Zug mit Gewalt zu zerstreuen.

Gegen den Zug, der sich durch die Schloßstraße nach dem Altmarkt zu bewegt, waren in der Altstadt überhaupt keine besonderen Vorkehrungen getroffen. Der Baumkreis vor der Kirche nicht abgeleert. Am Altmarkt an der Löwenapotheke stand wie gewöhnlich nur ein Polizeibeamter als Straßenpolizei. Das dieser sowie ein zufällig in Zivil vorbeikommender Polizeioffizier und ein kurz danach eintreffender weiterer Polizeibeamter gar nicht in der Lage waren, mit Gewalt den Zug aufzuhalten oder zu zerstreuen, bedarf wohl keines Beweises. Der Nachposten konnte sich nur darauf beschränken, den Zug aufzufordern, seinen weiteren Weg durch die Wilsdruffer Straße zu nehmen. Bei dem Versuch, die Personalien des Fahnenträgers, der mit der Spitze des Zuges kam wieder nach dem Altmarkt umzukehren, festzustellen, wurden die Beamten von der Menge lässlich angegriffen und ihnen die Festgenommenen sowie zwei Teilnehmer, die sich dabei besonders hervorgetan hatten, wieder entzogen.

In der Protestversammlung, die öffentlich war und zu der demnach jedermann Zutritt hatte, war ein Kriminalbeamter anwesend, dem das Recht hierzu wohl nicht bestritten werden kann. Beamte des ausländischen Bezirks sind überhaupt nicht anwesend gewesen.

Für die ganze innere Altstadt befand sich in der ersten Woche eine Bereitschaft von 20 Beamten. Kein einziger dienstlicher Beamter wurde herangezogen.

Polizeipräsident
des. Grille.

Die Leser unserer Artikel werden ohne weiteres den schroffen Widerspruch erkennen, in dem diese Berichtigung des Polizeipräsidenten zu unseren Artikeln steht. Daß das so ist, ist nicht unferne Schuld. Wir müssen annehmen, daß der Polizeipräsident den Inhalt dieser Berichtigung im besten Glauben geglaubt und unter-

schrieben hat. Wir haben aber genügend Grund zu der Vermutung, daß er in dieser Berichtigung, wie auch Minister Lipinski in seiner Erklärung im Landtag, sich auf die Aussagen der Polizeibeamten stützt, die an den Vorgängen am Sonntag beteiligt waren und die natürlich allen Grund haben, diese Vorgänge im eigenen Interesse so harmlos als möglich darzustellen. Wir greifen nur zwei Fälle aus der Berichtigung heraus, in denen genau das Gegenteil von dem behauptet wird, was sich tatsächlich zugefallen hat. Es wird da gesagt, daß bei keinem der Zusammenkünfte Gebrauch gemacht habe. Wir verweisen auf die Aussagen der Zeugen, die wir in der Sonntags-Nummer angeführt haben und die genau das Gegenteil bezeugen können. Auf unsere Aufforderung hin haben sich bereits weitere Zeugen gemeldet, die ebenfalls gesehen haben, daß Schutzeleute mit Gummihändlern geschlagen haben. Weiter wird in der Berichtigung behauptet, daß die Beamten nicht jenen fünfzehn Jugendlichen entgegengetreten seien, die nach dem Taschenberg abgehen, sondern einem geschlossenen Zuge, der die Ost-Allee entlang gezogen kam. Tatsächlich hat sich der Vorgang so abgespielt: einzelne Gruppen marschierten vom Volkspark durch die Ost-Allee ab. Sie wurden von Polizeibeamten darauf aufmerksam gemacht, daß ein Demonstrationsszug, an dem es sich dabei tatsächlich gar nicht handelte, verboten sei. Daraufhin schwenkte der weitaus größere Teil dieses sogenannten Zuges in der Zwingerstraße ab und nur etwa fünfzehn Mann, die in der Altstadt wohnten, bog nach dem Taschenberg zu ab, nicht das muß immer wieder betont werden, um zu demonstrieren, sondern einfach um nach Hause zu gehen. Auf diese fünfzehn Mann häuften ein Trupp Schutzeleute ein, der im Laufschritt vom Stadtmarschall herankam. Wir müssen es dem Polizeipräsidenten überlassen, diese tatsächlichen Vorgänge mit dem Aussagen seiner Beamten, auf Grund deren er berichtigt, in Einklang zu bringen. Er hätte im eigenen Interesse besser getan, mit seiner Berichtigung zu warten, bis eine Untersuchung die tatsächlichen Vorgänge klargestellt hat.

Dasselbe gilt von der Erklärung des Innenministers Lipinski im Landtag. Wir haben nun diese Erklärung im stenographischen Bericht der Staatszeitung noch einmal durchgelesen und müssen wiederholen, was wir bereits gesagt haben: wir finden es sehr seltsam, daß ein sozialistischer Minister eine solche Erklärung allein auf Grund der Aussagen der beteiligten Polizeibeamten abgibt, bevor eine Untersuchung der Angelegenheit stattgefunden hat. Der Minister hätte besser getan, wenn er nur die Versicherung abgegeben hätte, daß dieser Vorgang untersucht werden würde, denn auch er, um das noch einmal zu betonen, mußte sich doch sagen, daß die Polizeibeamten jede Schuld an den Zusammenstößen einfach leugnen würden, wenn sie sich nicht selbst das Urteil sprechen wollten. Nun soll ja, wie wir am Sonnabend bereits in einem Teil der Auflage mitteilten, eine Untersuchung in einem Teil der Altstadt durchgeführt werden, eine Untersuchung in einem Teil der Altstadt durchgeführt werden, eine Untersuchung in einem Teil der Altstadt durchgeführt werden. In der Zeit der Staatskanzlei, in der das mitgeteilt wird, wird gesagt, daß es zweckdienlich erscheine, bis zur Erledigung der Untersuchung die Erörterung ruhen zu lassen. Die Erörterung wäre allerdings zum größten Teil erloschen geblieben, wenn nicht der Minister durch seine vorzeitige Erklärung und nun wieder der Polizeipräsident durch seine ebenso vorzeitige Berichtigung Anlaß dazu gegeben hätten.

Auf den Kongressen der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und des Deutschen Beamtenbundes, die vorige Woche in Berlin tagten, spielte auch die Frage des Beamtenstreikrechts eine große Rolle. Der Ausgang der Tagung des Beamtenbundes läßt eine gewisse Klärung dieser Frage in der deutschen Beamtenenschaft erkennen. Zur Förderung dieses Projektes wird ein Brief aus der Feder Eduard Bernsteins wesentlich beitragen, den wir im folgenden unsern Lesern bekanntgeben wollen.

Was ist überhaupt Streik, was hat er volkswirtschaftlich und sozialrechtlich zu bedeuten? George Bernard Shaw, der geistreiche Dichter und sehr entschiedene Sozialist, schreibt in einem Artikel über die Diktatur des Proletariats, veröffentlicht im Oktoberheft 1921 der Monatschrift The Labour Monthly:

„Ein sozialistischer Staat würde einen solchen Angriff auf das Gemeinwesen, wie es ein Streik ist, nicht einen Augenblick dulden. Wollte eine Gewerkschaft ein solches Ding versuchen, so würde innerhalb 24 Stunden das alle kapitalistische Gesetz, das Gewerkschaften als Verbände behandelt, erneuert und rücksichtslos durchgeführt werden. Eine solche Ungehörigkeit wie der jüngste Kohlenarbeiterstreik, in dessen Verlauf die Bergarbeiter ihre ganzen Ersparnisse mit Schädigung ihrer nächsten und Zerrüttung der Industrien des Landes aufwandten, würde unter dem Sozialismus unmöglich sein. Er, der Streik, ist, wie er es verdient, jämmerlich geschlagen worden.“

Shaw hebt es oft, seine Gedanken in möglichst kraffer Form zu fassen, so daß mancher auf den ersten Blick von seinen Ausführungen unangenehm berührt wird. Erst bei genauerer Ueberlegung erkennt man den Kern Wahrheit, den sie bergen. Was er hier dem Leser ins Bewußtsein bringen will, ist, daß der Streik etwas dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innerlich Verwandtes ist und mit dem Sozialismus grundsätzlich nichts zu tun hat, dessen Grundgedanken vielmehr widerspricht. Und das ist richtig. Der Streik ist auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft erwachsen, empfangen von ihr seine Rechtfertigung und ist rechtlich an sie gebunden.

In dem Grade aber, als der Staat den kapitalistischen Charakter abstreift, als der Geist der Demokratie in ihn einzieht, er seine Gesetze den Bedürfnissen der arbeitenden Masse anpaßt und seine Verwaltung entsprechend umgestaltet, als er aus einem Staat der Besitzenden und durch Geburt Bevorzugten, Staat der arbeitenden Volksmehrheit — demokratische Republik — wird; in dem Grade, als er Einrichtungen schafft, die es ermöglichen, die günstigsten Arbeitsbedingungen auf dem Wege der Verhandlung und des Schiedspruchs demokratisch konstruierter Arbeitsämter ohne Störungen des Wirtschaftslbens zur bindenden Regel zu machen, wird zwar nicht die Organisation der Arbeiter, Angestellten usw., die auch dann noch wichtige Funktionen zu erfüllen hat, wohl aber der Streik überflüssig und schließlich widerfährig.

Auf vorgeschrittener Uebergangsstufe zu diesem Gesellschaftszustand befinden wir uns heute in Deutschland. Die Ungunst der Verhältnisse, der äußere Druck, der auf seiner Volkswirtschaft lastet, haben zur Folge, daß sich das noch nicht in dem Maße in wirtschaftlichen Verbesserungen kundgibt, wie wir es wünschen und erstreben müssen. Aber die Einrichtungen, die jedesmal möglichen Verbesserungen auf organischem Wege zur Verwirklichung zu bringen, sind da. Dessen soll man sich bewußt sein, und die Erkenntnis von ihrem Wert und ihrer Bedeutung der arbeitenden Bevölkerung zum Bewußtsein bringen. Sie muß vor allem lernen, den Streik gegen Staat und Gemeinde mit andern Augen anzusehen, als ebendem Streik gegen den kapitalistischen Unternehmer, und muß begreifen, daß es sozialer Selbstmord ist, die große Bewegungsfreiheit, welche sie in der demokratischen Republik genießt, gegen diese selbst zu kehren. Denn solches Vorgehen verneht die Zahl derer, die sich von ihr abwenden, weil sie ihnen zu schwach erscheint, das Geliebte des Wirtschaftslbens der Nation vor Erschütterungen zu bewahren.

Auch wenn die deutsche Republik noch nicht die sozialistische Republik ist, ist sie darum doch als demokratische Republik in erster Linie die Sache der arbeitenden Klassen. Das müssen diese begreifen und sich demgemäß zu ihr verhalten. Sie müssen dafür sorgen, daß sie stark ist — stark nicht durch Willkür, sondern stark durch die freie Unterstützung der Massen gegen jeden Angriff auf sie und ihre gewählten Vertreter.

Wie immer er gedacht war, der Streik war doch nur der Streik der Kleinrentner ein Angriff auf die Republik. Kein ausdauernder Unternehmer stand ihnen gegenüber, kein Obrigkeitssaat bedrückte ihnen das Recht, ihre Forderungen durch ihre Organisationskraft zur Schwere zu bringen, kein Klassenhaß lehnte die soziale Prüfung dieser Forderungen und ihre Erörterung grandios ab.

Der Form nach revolutionär war dieses Vorgehen und ebenso das Vorgehen der Arbeiter der Stadt Berlin der Sache nach Reaktion. Es sind Akte der Gewalt, und ob solche Revolutionäwert haben, kommt auf den Geist an, der aus ihnen spricht, und auf ihre soziale Wirkung.

Es ist unerlässlich, wenn diese Vorgänge nur in eine Stimmung verfaßt haben, die ihn nicht brocken, am Sozialismus zu verweisen. In der Tat, wie soll ein sozialistisches Gemeinwesen zustande kommen und Bestand haben können, wo das Gemeinwohl so unentwidel ist, daß ganze Kategorien von Arbeitern und Beamten durch Streik ganze Bevölkerung in Notstand versetzen, um von deren gewählten Behörden Zugeständnisse zu erlangen, während ihnen doch die Republik Redemittel zur Verfügung darbietet? Das

Explosion in Gleiwitz

Unglück oder Verbrechen?

Gleiwitz, 9. April. Bei einer Durchsichtung nach Waffen auf dem Hülfenriedhof durch französische Truppen ereignete sich eine gewaltige Explosion. Die Leichenhalle und die Gruft wurden in die Luft geschleudert. Aus dem Trümmerhaufen sollen bisher 23 Leibe und 10 schwerverwundete Personen, darunter der Leiter der staatlichen Hüte, geborgen sein. Apo-Beamt übernahmen die Aufbaumensarbeiten. Auf Anordnung des Reichsstaatsanwalts wurden sämtliche Bestattungen, Armos und die Theater geschlossen. Mit der Verhängung des Belagerungszustandes wird bestimmt gerechnet.

Reuthe, 9. April. Von amtlicher Seite wird folgende Schilderung des Explosionsunglücks in Gleiwitz gegeben: Als heute kurz nach 12 Uhr auf dem alten Hülfenriedhof französische Besatzungstruppen in einer alten Gruft unter der Kapelle nach Waffen suchten, die dort vergraben sein sollten, riefen sie auf einen, die in die Luft flogen. Dabei sind 15 Franzosen getötet und 10 schwer verletzt worden. Die Kapelle ist vollständig vernichtet. Abteilungen familiärer interallierter Besatzungstruppen begannen sich an die Aufstellung zur Untersuchung des Tatbestandes. Auf Anordnung der internationalen Kommission ist um 8 Uhr in Gleiwitz eine öffentliche Trauer angeordnet worden.

In Genua

Presseberichter gegenüber äußerte sich Dr. Rathenau kurz vor der Abfahrt nach Genua sehr zurückhaltend und warnte vor allen Dingen vor einem übertriebenen Optimismus, da ein Rückschlag nicht unmöglich sei. Man dürfe die Erwartungen auf die Konferenz nicht allzu hoch schrauben.

Genua, 8. April. Die deutsche Delegation unter der Führung des Reichstagslers Dr. Wirth ist heute abend 8.10 Uhr hier eingetroffen. Sie wurde auf dem Bahnhof von Handelsminister Graf

Rosini, dem Bevollmächtigten des italienischen Außenministeriums, vom Präsidenten Boggi und dem Generalsekretär der Konferenz, ferner vom deutschen Vorkonferenzen in Rom Fichtel und den bereits hier anwesenden Mitgliedern der deutschen Delegation begrüßt. Der italienische Ministerpräsident De Facta und der Außenminister Schanzer, die ebenfalls zum Empfang nach dem Bahnhof gekommen waren, trafen die deutsche Delegation dort nicht mehr an, da der Sonderzug früher als vorzusehen eingeschrieben war. Die beiden Minister führen darauf zur Begrüßung nach dem Oberhofel, wo die deutschen Delegierten abgestiegen sind.

Der italienische Ministerpräsident De Facta und der Außenminister Schanzer hatten dann eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Außenminister über das Programm der Konferenz, über die Kommissionsbildung und über die zu haltenden Reden. Voransteht die Reichskanzler Dr. Wirth in der Diskussion morgen das Wort ergreifen. Die Dauer der Konferenz ist für ungefähr vier Wochen vorgesehen.

Die deutsche Regierung wird wie alle Großmächte durch fünf Delegierte vertreten sein. Diese Delegierten sind Reichskanzler Dr. Wirth, Außenminister Dr. Rathenau, Finanzminister Dr. Hermes, Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsstaatspräsident Haverstein.

In der Folge der deutschen Delegierten werden noch folgen die Staatssekretäre, der Ministerialdirektor Müller, archidom der bayerische Staatsrat Dr. v. Meinel und der preussische Vertreter Geheimrat Kellingner. Von den Sachverständigen wird nur eine begrenzte Zahl an der morgigen Eröffnungssitzung teilnehmen. Die Auswahl erfolgt durch die deutsche Sachverständigenkommission. Gebildet werden vier Kommissionen: 1. eine allgemeine Kommission, 2. eine Wirtschaftskommission, 3. eine Finanzkommission und 4. eine Kommission für die Verkehrsfragen. Deutschland wird in allen diesen Kommissionen mit zwei Delegierten vertreten sein.